

AUSSENANSICHT

Opposition, was sonst?

Am liebsten ist es den Sozialdemokraten, wenn sie nicht regieren. Also tun sie alles, um Gabriel als Kanzlerkandidaten zu demontieren. *Von Gregor Schöllgen*

Wer an die Macht will, muss die Macht wollen. Die deutschen Sozialdemokraten wollen sie eindeutig nicht. Jedenfalls nicht auf der nationalen Ebene, denn hier ist die Oppositionsrolle traditionell ihre optimale politische Daseinsform. Hier fühlen sie sich wohl, hier sind sie zu Hause. Grundsätzlich gilt das zwar für alle organisierten linken Bewegungen. Aber keine von ihnen hat eine derart gründliche oppositionelle Sozialisation hinter sich wie die SPD. Das liegt an ihrem hohen Alter.

In den 150 Jahren, die sie inzwischen zählt, hat sie gerade einmal 23 Jahre den Kanzler gestellt, gut drei Jahre während der Weimarer Republik, 13 Jahre in der alten Bundesrepublik, sieben Jahre im vereinigten Deutschland. Dass die SPD – wie die anderen Parteien auch – in der Zeit des Kaiserreichs an einer Regierungsbildung gehindert, in der Bismarckzeit zudem in ihrer Entfaltungsmöglichkeiten stark eingeschränkt und während des Dritten Reichs verboten war, hat die Sozialdemokraten in ihrer Oppositionsrolle bestärkt und gefestigt.

Und weil die CDU, deren Gründung mit der Geburt der Bundesrepublik im Jahr 1949 zusammenfällt, von Anfang an den Anspruch erhob, dass nur sie fähig, wenn nicht sogar legitimiert sei, in Bonn beziehungsweise Berlin zu regieren, fiel es den Genossen auch besonders leicht, nach dem Krieg genau dort weiterzumachen, wo sie

1933 hatten aufhören müssen: in der Opposition.

Wobei die Oppositionsrolle von keiner zweiten Partei so großzügig interpretiert wird wie von der SPD. Die Juniorpartnerrolle in einer großen Koalition, in die sich die SPD von 1966 bis 1969, von 2005 bis 2009 und jetzt wieder seit 2013 spielend leicht einfindet, ist aus Sicht vieler Genossen die ideale Variante der Opposition. Denn hier kann man an der Machtausübung mit allen ihren Privilegien partizipieren, ohne sich vor den Augen der staunenden Öffentlichkeit selbst zerlegen zu müssen.

Das geschah zuverlässig immer dann, wenn einer der Ihren die Macht in Händen hielt – weil Macht namentlich der Parteilinken per se verdächtig ist, aber auch weil sie die Sorge umtreibt, ein der Partei entfremdeter Kanzler könne diese Macht einmal gegen sie wenden. Keine parlamentarische Opposition hätte einen sozialdemokratischen Kanzler so effizient sturmreif schießen können, wie die eigene Partei und insbesondere die eigene Fraktion das mit ihren Leuten getan haben. Von dem Respekt,

den Willy Brandt und Helmut Schmidt im hohen Alter erfuhren und der jetzt in zarten Anfängen bei Gerhard Schröder spürbar wird, waren sie am Ende ihrer Amtszeit weit entfernt.

Willy Brandt, Helmut Schmidt und Gerhard Schröder wurden von den eigenen Leuten gestürzt

Dass Brandt im Frühjahr 1974 aufgab, lag auch an der wenig hilfreichen Rolle führender Sozialdemokraten, allen voran Herbert Wehners, des mächtigen Fraktionsvorsitzenden im Bundestag, oder auch Heinz Klunckers, des nicht minder mächtigen Gewerkschaftsbosses, der im Februar 1974 unter anderem die streikenden Müllmänner gegen die Regierung seines Parteifreundes aufmarschieren ließ. Es war nicht der DDR-Spion Günter Guillaume, der den erschöpften Kanzler zur Strecke brachte. Es waren die eigenen Leute.

Seinen sozialdemokratischen Nachfolgern ging es nicht besser. Zwar wurde Hel-

mut Schmidt im Herbst 1982 nach einem Seitenwechsel der FDP durch das Parlament und Gerhard Schröder im Herbst 2005 durch den Wähler aus dem Kanzleramt befördert. Aber die beiden waren zuvor durch die Linken in den eigenen Reihen derart unter Druck gesetzt worden, dass eh ein Verbleib im Kanzleramt überraschend gewesen wäre. Im Falle Schmidts war es der sogenannte Nato-Doppelbeschluss, im Falle Schröders war es die Reform des Arbeitsmarkts und des Sozialstaates, seine „Agenda 2010“, die ihre parteiinternen Gegner auf die Barrikaden trieb.

So gesehen bewegten sich die Sozialdemokraten in vertrauten Bahnen, als sie Sigmar Gabriel Ende 2015 auf ihrem Berliner Parteitag mit 74,3 Prozent regelrecht demontierten. Nur zweimal nach 1945 haben sie einen Vorsitzenden ähnlich vorgeführt, und das waren Ausnahmesituationen. Oskar Lafontaine Wahl im Herbst 1995 war eine Kampfabstimmung gegen Rudolf Scharping, Gerhard Schröders Wahl im Frühjahr 1999 wiederum war die Flucht

Oskar Lafontaines aus dem Amt des Parteivorsitzenden vorausgegangen. Allerdings war Scharping im Jahr, bevor er abgewählt wurde, auch schon als Kanzlerkandidat angetreten, und Schröder saß sogar bereits im Kanzleramt. Das machte sie namentlich für die Parteilinke verdächtig.

Ähnlich ergeht es jetzt Gabriel. Anders als seine beiden Vorgänger in der Kandidatenrolle will er tatsächlich ins Kanzleramt. Bei Frank-Walter Steinmeier und Peer Steinbrück hatte man nie den Eindruck, dass es sie mit aller Konsequenz dorthin zog, obgleich zumindest Steinmeier das Amt vom Stand weg hätte ausfüllen können. Außerdem waren sie nicht zugleich SPD-Vorsitzende. Auch deshalb blieben sie unbehelligt – erst von ihrer Partei, dann vom Wähler. Bei Gabriel ist das anders. Nicht wegen seiner Taten und Worte in Sachen TTIP, Vorratsdatenspeicherung oder Steuergerechtigkeit wird er angezählt.

Nein, der Mann ist für viele Genossen erledigt, seit er sie wissen ließ, dass er nicht nur Vorsitzender zu bleiben, sondern auch ins Kanzleramt einzuziehen gedenkt. Dabei können sie sich eigentlich ziemlich sicher sein, dass ihr Vorsitzender sein Ziel so oder so nicht erreichen wird: Die politische Mitte, einst von Willy Brandt entdeckt und jetzt von Sigmar Gabriel erneut ins Visier genommen, ist längst durch die CDU besetzt.

Um aber ganz sicherzugehen, rollen die innerparteilichen Gegner ihrem Vorsitzen-

den einen Stein nach dem anderen in den Weg, sie ermutigen zum Beispiel Martin Schulz, seinen Hut in den Ring zu werfen. Dem liegt eine gewisse Logik zugrunde. Tritt der Präsident des EU-Parlaments tatsächlich gegen die Kanzlerin an, ist das Scheitern des im Dschungelkampf der deutschen Innenpolitik unerfahrenen Mannes vorhersehbar. Bleibt es bei Gabriel, hätte die Debatte um Schulz ihre Zweck, die weitere Schwächung Gabriels, erfüllt.

Der Gedanke, von dem sich die Genossen dabei leiten lassen, ist bestechend einfach: Wenn man einen potenziellen Kanzlerkandidaten schon vor seiner offiziellen Erhebung in den Kandidatenstatus so beschädigt, dass er erst gar keine Chance auf das Amt mehr hat, muss man ihn nicht mehr stürzen, wenn er es wider Erwarten doch dahin schaffen sollte. So gesehen wäre es konsequent, wenn die Sozialdemokraten auf einen Kanzlerkandidaten verzichteten.



Gregor Schöllgen, 64, lehrt Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Erlangen. Er hat eine Biografie über Gerhard Schröder geschrieben. FOTO: GLASOW